

Vier Kernforderungen, um den Haushalt zukunftsfähig zu machen

Von den 62,3 Milliarden Euro, die die rot-grüne Landesregierung im kommenden Jahr in NRW ausgeben will, sollen 2,7 Milliarden Euro in den Polizeietat fließen, das sind 4,4 Prozent des Gesamthaushalts. Im Vergleich zu 2013 soll der Personalhaushalt der Polizei sogar wachsen, um 93 Millionen Euro. Von massiven Etatkürzungen bleibt die Polizei also in diesem Jahr verschont. Handlungsbedarf sieht die GdP vor allem auf vier Feldern.

1. Die rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren immer wieder beteuert, dass sie die 2008 außer Kraft gesetzte Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wiederherstellen wird. Noch im Sommer hatte der Landtag auf Initiative der beiden Regierungsparteien dazu eigens einen Entschließungsantrag verabschiedet. Im Entwurf für den Haushalt 2014, den Rot-Grün eingebracht hat, sucht man die dazu erforderlichen Mittel aber vergebens.

2. Bis 2020 gehen fast zwei Drittel der Kolleginnen und Kollegen in den Spitzenfunktionen des höheren Dienstes der Polizei in den Ruhestand. Gelingt es nicht frühzeitig, geeignete Führungskräfte im Rahmen eines individuellen PEK für die dann zu besetzenden Funktionen zu gewinnen

und zu qualifizieren, droht der Polizei in NRW ein enormer Erfahrungs- und Qualitätsverlust.

Es geht dabei auch um die Attraktivität des höheren Dienstes. Aktuell warten die Angehörigen des höheren Dienstes 8 bis 10 Jahre auf ihre erste Beförderung nach A 14. Viele gehen aus dieser Besoldungsgruppe in die Pensionierung. Das ist demotivierend und inakzeptabel. Die GdP dringt deshalb darauf, dass es auch im höheren Dienst berechenbare Aufstiegschancen gibt. Die Stellenplansituation in NRW mit einem Anteil des höheren Dienstes von gerade einmal 1,7 Prozent ist mit

die schlechteste bundesweit. Mittelfristig fordert die GdP eine Ausweitung des Anteils des höheren Dienstes auf drei Prozent. Als erster Schritt in diese Richtung müssen 40 zusätzliche Planstellen im höheren Dienst geschaffen werden. Jeweils zehn in der Besoldungsgruppe A 16 und A 15, die übrigen 20 Stellen in A 14.

3. In den letzten fünf Jahren sind in

eine adäquate Stellenbesetzung nicht reichen, muss beendet werden. Zudem muss es auch im Tarifbereich Aufstiegschancen geben. Wenn zum Beispiel in einer § 4-Behörde IT-Experten zur Bekämpfung von Cybercrime nur mit der Entgeltgruppe 10 eingestellt werden können, gibt es kaum Chancen, diese Experten langfristig an die Polizei zu binden. Die GdP dringt deshalb darauf,

dass die für die Höhergruppierung von Fachkräften erforderlichen Finanzmittel in den Haushalt eingestellt werden.

4. Voraussichtlich Ende 2014/Anfang 2015 wird der Landesverfassungsgerichtshof in Münster seine Entscheidung über eine gemeinsame Klage der CDU- und der FDP-Fraktion zur Übernahme des Tarifergebnisses fällen. Wenn die Richter das Beamtenbesol-

dungsanpassungsgesetz für verfassungswidrig erklären sollten, kommen auf das Land Nachzahlungen in dreistelliger Millionenhöhe zu. Die Chancen dafür stehen aus Sicht der GdP gut. Deshalb müssen hierfür Rückstellungen in den Haushalt eingestellt werden.

Daneben wird die GdP auch die Forderungen zu einzelnen Etatposten weiter verfolgen, die sie in den vergangenen Jahren immer wieder geltend gemacht hat, die aber bisher von der Politik nicht erfüllt wurden, wie zum Beispiel die Einbeziehung der Verhandlungsgruppe in die Zulage für die



NRW im Tarifbereich der Polizei mehr als 500 Stellen abgebaut worden. Der Großteil der bis dahin von den Tarifbeschäftigten erledigten Aufgaben wird jetzt von Polizeivollzugsbeamten erledigt, die nicht nur teurer, sondern dafür auch nicht ausgebildet sind. Die GdP fordert deshalb, dass der Stellenabbau im Tarifbereich gestoppt wird.

Auch die gängige Praxis, dass längst bewilligte Mittel zur Besetzung von Stellen von den Polizeibehörden nur deshalb nicht abgerufen werden können, weil die dafür vom Innenministerium bereitgestellten Finanzmittel für

Zweite Chance für die Landesregierung



Als Hannelore Kraft noch Oppositionsführerin war, hat sie bei einer ihrer ersten Kraft-Tage die Polizei besucht. Das hat ihr viel Respekt eingebracht. Nicht nur bei den Kolleginnen und Kollegen, sondern auch in der Öffentlichkeit. Denn Hannelore Kraft hat das Verhältnis der SPD zur Polizei nachhaltig entkrampft.

Umso tiefer war die Enttäuschung, als im Frühjahr die Mehrheit der Beamten bei der Übernahme des Tarifabschlusses eiskalt abserviert wurde. Inzwischen sind sechs Monate vergangen und die SPD und die Grünen haben eine krachende Wahlniederlage im Bund und im Land NRW hinter sich. Das Wahlergebnis zeigt, dass sich Polizistinnen und Polizisten nicht kalt lächelnd über den Tisch ziehen lassen.

Wenn die Landesregierung ihr Angebot zu einem partnerschaftlichen Dialog auf Augenhöhe ernst meint, geht die GdP davon aus, dass die Polizei und ihre Beschäftigten von weiteren Sparmaßnahmen im Rahmen der bevorstehenden Dienstrechtsreform ausgenommen werden.

Um die in der Polizei bestehende Unruhe und Sorge zu beenden, erwarten wir eine verbindliche Erklärung, dass Rot-Grün nicht an der spezifischen Altersgrenze von 62 Jahren für Polizistinnen und Polizisten rütteln wird. Und dass es zu keiner Erhöhung der Wochenarbeitszeit bzw. zu keiner Reduzierung des Pensionsniveaus kommt. Wer daran rührt, überschreitet die Schmerzgrenze der GdP. Auch die längst versprochene Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage lässt sich nicht immer wieder aufs Neue verschieben. Der Ball liegt im Feld der rot-grünen Landesregierung. Sie muss ihn endlich aufnehmen!

Arnold Plickert, Landesvorsitzender der GdP

SE-Einheiten, die Rücknahme der Erhöhung der Arbeitszeit für die Beamten von 38,5 auf 41 Stunden und die Wiederherstellung des vollständigen Weihnachtsgeldes. Im Zuge der Haushaltsberatungen für 2014 wird sich die GdP aber zunächst auf die vier Kernforderungen konzentrieren.

„In Zeiten der Schuldenbremse ist es wichtig, klar zu markieren, wo für uns die Prioritäten liegen, um die Funktionsfähigkeit der Polizei, die Motivation und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten und die Innere Sicherheit nicht zu gefährden“, erläutert Landesvorsitzender Arnold Plickert die GdP-Strategie.

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich die GdP bei den Haushaltsberatungen auf Kernforderungen konzentriert und damit erreicht, dass die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei von Rot-Grün noch nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs von 1400 auf 1477 Stellen erhöht worden ist. 2014 werden es sogar 1500 Neueinstellungen sein. Ein bis dahin auch von Beobachtern nicht für möglich gehaltener Erfolg.

Bei der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses am 5. November wird die GdP ihre Forderungen noch einmal deutlich nach vorne tragen.

Landesfrauenkonferenz fordert Beamtin im Vorstand

Nur in einer von mehr als 50 Kreisgruppen des Landesbezirks NRW steht eine Frau an der Spitze. Auch im elfköpfigen Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GVS) findet sich mit Jutta Jakobs nur eine einzige Frau, sie vertritt dort allerdings die Tarifbeschäftigten, nicht den Beamtenebereich. Die GdP-Frauen wollen

das ändern. Einstimmig haben sie auf der Landesfrauenkonferenz am 8. Oktober in Selm den GdP-Vorstand aufgefordert, Anstrengungen zu unternehmen, damit auch eine verbeamtete Kollegin in den Vorstand gewählt wird.

Nach dem derzeit gültigen Frauenförderplan der GdP soll mindestens ein GVS-Mitglied weiblich sein. Diese Vorgabe wurde in den vergangenen Jahren dadurch erfüllt, dass mit Brigitte Herrschaft bzw. seit August 2012 mit Jutta Jakobs eine Frau als Vertreterin der Tarifbeschäftigten in den Vorstand gewählt wurde. Weil inzwischen mehr als

20 Prozent aller Polizeibeamten in NRW Frauen sind, fordern die GdP-Frauen, dass in Zukunft auch unter den verbeamteten GVS-Mitgliedern mindestens eine Frau ist. Ab wann diese Forderung umgesetzt sein soll, hat die Frauenkonferenz zwar offen gelassen, Landesfrauenvorsitzende Martina Filla hatte aber in Selm darauf gedrängt, das Thema Vertretung von Frauen in Führungsfunktionen der GdP wegen des wachsenden Frauenanteils bei der Polizei nicht weiter nach hinten zu verschieben.

In weiteren Anträgen hat sich die Landesfrauenkonferenz mit der Erhöhung des Frauenanteils in den Führungsfunktionen der Polizei, mit der Abschaffung der bislang geltenden Stichtagsregelung für eine Stunden-erhöhung für Beamtinnen und Beamte und mit der Verhinderung von Altersarmut bei den Tarifbeschäftigten



Polizei bekommt VIVA

Kaum dass der Digitalfunk in den letzten Behörden und Dienststellen Einzug gehalten hat, steht die Polizei in NRW vor der nächsten großen technologischen Herausforderung: der Einführung eines neues Vorgangsbearbeitungssystem. Das bislang unter dem Arbeitstitel VBS-neu entwickelte IT-Programm soll unter dem Namen VIVA eingeführt werden. VIVA steht für: Verfahren zur integrierten Vorgangsbearbeitung und Auskunft. Mit VIVA soll nicht nur die Eingabe sämtlicher im Polizeialltag anfallenden Daten vereinfacht werden, sondern das neue Programm soll auch einen reibungslosen Datenaustausch innerhalb der verschiedenen Funktionen ermöglichen, sodass die bislang im IGVP-System notwendige Mehrfacheingabe identischer Datensätze entfällt. Vor allem aber soll VIVA störungsfrei laufen.

Wann VIVA eingeführt wird, steht noch nicht fest, aber die Vorarbeiten, die der Entwicklung eines detaillierten Rolloutplans vorangehen müssen, sind bereits weit vorangeschritten. Ende September haben die Projektverantwortlichen der zuständigen Arbeitsgruppe des Innenministeriums, der auch ein Vertreter des PPHR angehört, erste Eckpunkte präsentiert:

- VIVA basiert im Wesentlichen auf dem Datenverarbeitungssystem POLIKS (Polizeiliches Landessystem für Information, Kommunikation und Sachbearbeitung), das bereits seit 2005 von der Berliner Polizei erfolgreich genutzt wird.
- In POLIKS sind Vorgangsbearbeitung und Informationsaustausch miteinander verknüpft. Seit einigen Jahren testet die Berliner Polizei zudem den Einsatz von POLIKS in mobilen Endgeräten.
- POLIKS soll in NRW nicht 1:1 übernommen werden, sondern in einer auf die Bedürfnisse von NRW angepassten Version.

• Das Rollout wird nach Abschluss aller noch notwendigen Modifikationen etwa zwei Jahre dauern.

Die GdP bewertet die geplante Einführung von VIVA positiv. Bereits seit Jahren hatte sie immer wieder gefordert, dass das störanfällige, nicht modernisierungsfähige IGVP-System endlich durch ein zeitgemäßes, auf die Bedürfnisse der nordrhein-westfälischen Polizei zugeschnittenes Vorgangsbearbeitungssystem abgelöst wird.

Im März 2009 war der heutige Landesvorsitzende Arnold Plickert sogar extra mit einer Arbeitsgruppe nach Berlin gereist. Nach seiner Rückkehr hatte er dringend dessen Einführung in NRW gefordert (DP 5/2009) – lange vor dem mehrere Wochen dauernden Systemzusammenbruch von IGVP im Herbst 2010. Dass die Polizei in NRW jetzt endlich ein neues, modernen Ansprüchen genügendes Vorgangsbearbeitungssystem bekommen soll, ist deshalb auch ein Verdienst der GdP.

Neben Einführung von VIVA steht in NRW eine weitere große IT-Baustelle an, die Modernisierung von Windows (MoWin). Zurzeit arbeitet die Polizei in NRW mit Microsoft Office 2003 und Windows XP. Anfang 2014 wird die Betreuung von XP durch Microsoft auslaufen. Ab diesem Zeitpunkt werden keine neuen Sicherheitspatches mehr angeboten. Das bedeutet in der Konsequenz für die Polizei eine Umstellung auf Office 2013 und Windows 8.1. Das Rollout hierfür soll spätestens Mitte 2015 abgeschlossen sein.

Mit der Softwareumstellung werden in den nächsten Jahren große Herausforderungen auf alle Beschäftigten der Polizei zukommen. Der Hauptpersonalrat wird wahrscheinlich noch in diesem Jahr zu einer Personalrätekonferenz ins Ministerium einladen, um alle örtlichen Personalräte auf die damit verbundenen Herausforderungen vorzubereiten.

beschäftigt. Weil es durch die Sparzwänge der Politik immer schwieriger wird, Tarifbeschäftigte in den unteren Entgeltgruppen zu befördern, ist Altersarmut auch bei der Polizei längst zu einem Thema geworden – auch ohne Elternzeit und Teilzeit-Phasen.

Zudem haben die GdP-Frauen den neuen Landesfrauenvorstand gewählt. Ihm gehört neben Martina Filla als Vorsitzende in den kommenden vier Jahren Kirsten Salewski als stellvertretende Vorsitzende (BV Düsseldorf) an. Sonja Galatsch-Perrey (BV Düsseldorf) wurde zur Schriftführerin gewählt, Helma Skiba (BV Köln), Nicole Jorßen (BV Arnberg), Julie

Janetzko (BV Detmold), Tina Bareither (BV Münster), Anne Marquardt (BV Arnberg) und Christina Boy (BV

Münster) als Beisitzerinnen. Mehr Infos zur Landesfrauenkonferenz: www.gdp-nrw.de



Stellenabbau im Tarifbereich endlich stoppen!

Auf dem Tarifforum der GdP am 16. Oktober in Selm haben die Tarifbeschäftigten der GdP Jutta Jakobs erneut als ihre Vertreterin für den im April kommenden Jahres zu wählenden neuen Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GVS) vorgeschlagen. Die Redaktion der Deutschen Polizei hat Jutta Jakobs gefragt, wie sie die Situation der Tarifbeschäftigten bei der Polizei sieht, und was sich ändern muss?

Seit 2008 sind bei der Polizei im Tarifbereich 500 Stellen abgebaut worden. Und das, obwohl die 1,5-prozentige Stellenreduzierung bereits seit diesem Zeitpunkt nicht mehr umgesetzt werden muss, sondern durch die globalen Minderausgaben erwirtschaftet wird. Sonst wären noch einmal über 200 Stellen abgebaut worden. Das Budget für diese Stellen ist allerdings dauerhaft weggefallen – so wie die 500 Stellen für unsere Kolleginnen und Kollegen. Schaut man in die Dienststellen, so sind trotzdem auch im Tarifbereich die Aufgaben oder Arbeitsraten in den

letzten Jahren keinesfalls geschrumpft, sondern es ist eine Vielzahl von neuen Aufgaben hinzugekommen. Verschärft wird die Situation im Tarifbereich zudem dadurch, dass in den nächsten Jahren 30 Prozent der Tarifbeschäftigten in Rente gehen, denn der demografische Wandel der Polizei ist nicht auf den Beamtenbereich beschränkt. Wird der damit einhergehende Personalabbau im Tarifbereich nicht gestoppt, hat das weitreichende Folgen für die gesamte Polizei: Die Aufgaben, die bislang von Tarifbeschäftigten geleistet werden, müssten dann zu einem erheblichen Teil von

regierung nicht verlängert. Zudem ist in den vergangenen Jahren im Tarifbereich das für die Stellenbewirtschaftung vorgesehene Budget vom Finanzministerium derart zusammengestrichen worden, dass freigewordene Stellen wegen fehlender Mittel nicht ausgeschrieben werden können. Damit nicht genug: Für die im Tarifbereich der Polizei verbliebenen Kolleginnen und Kollegen sind aufgrund des gesunkenen Personalbudgets die Aussicht, durch Zuweisung neuer Tätigkeiten höher gruppiert zu werden, immer schlechter geworden.

Per Erlass wurde den Behörden sogar vorgegeben, laubbahnübergreifende Höhergruppierungen zu unterlassen. Auch diese von Schwarz-Gelb eingeführte Regelung wurde unter Rot-Grün nicht aufgehoben, sondern lediglich aufgeweicht. Seit diesem Jahr müssen laubbahnübergreifende Höhergruppierungen durch das Innenministerium nur noch genehmigt werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Behörde zuvor ausreichend über den Bedarf berichtet hat.

Ziel der GdP ist es, den Negativtrend im Tarifbereich zu stoppen und den Beschäftigten wieder eine Perspektive zu verschaffen. Qualifizierung und Weiterentwicklung dürfen auch im Tarifbereich keine Fremdworte sein. Sie müssen im Gegenteil durch die Zuweisung adäquater finanzieller Mittel vom Land gefördert werden. Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) spart an der falschen Stelle, wenn er weiter auf eine Aufgabenverlagerung von den Tarifbeschäftigten zu den Beamten setzt. Denn die kalte Verdrängung von Tarifbeschäftigten ist nicht nur unsozial, sondern am Ende für den Steuerzahler auch teuer.

Die GdP fordert zudem ein landesweites, verbindliches Verfahren zur Ausschreibung von Stellen im Tarifbereich. Tarifbeschäftigte müssen die Möglichkeit erhalten, in einem Interessenbekundungsverfahren ihr Interesse an einer beruflichen Weiterentwicklung und an der Übernahme einer neuen, höherwertigen Aufgabe zu bekunden, denn auch sie haben ein Recht auf berufliche Karriere bei der Polizei.

GdP-Verkehrsforum

Tatwaffe Auto? Aggression im Straßenverkehr

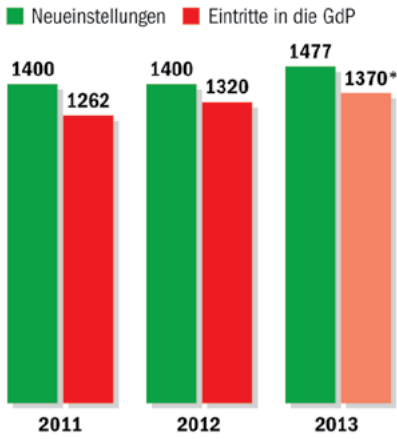
Dichtes Auffahren, Drängeln und Schneiden gehören nicht nur zum alltäglichen Erfahrungsschatz vieler Verkehrsteilnehmer, sie führen auch besonders häufig zu schweren Unfällen. Oft genug reicht schon die kleinste Provokation, um einige Verkehrsteilnehmer in eine derart aggressive Stimmung zu versetzen, dass sie nicht nur grobe Verkehrsverstöße begehen, sondern auch dazu bereit sind, ihr eigenes Leben und das anderer aufs Spiel zu setzen. Das Auto wird zur Tatwaffe – schwer, schnell und tödlich. Dass von diesem Verhalten ein hohes Gefährdungspotenzial ausgeht, zeigt die Unfallforschung: Experten gehen davon aus, dass bis zu einem Drittel der Verkehrstoten die Folge typischer Aggressionsdelikte wie deutliche Geschwindigkeitsüberschreitungen, riskantes Überholen, Schneiden und Drängeln zurückzuführen sind. Sofern es allerdings nicht zu einem Unfall kommt, bleiben diese gefährlichen Regelverstöße oft ohne Sanktion. Vor diesem Hintergrund diskutiert der GdP-Landesbezirk auf seinem Verkehrsforum, das am 21. November 2013 in Düsseldorf stattfindet, folgende Fragen: Was zeichnet Aggressionstäter im Straßenverkehr aus? Sind Polizei und andere Strafverfolgungsbehörden richtig aufgestellt, um effizient gegen aggressives Verhalten im Straßenverkehr vorzugehen? Reichen die rechtlichen Grundlagen aus, um Aggressionstätern deutlich die Gefährlichkeit ihres Verhaltens vor Augen zu führen und unbeteiligte Dritte zu schützen?

Referenten des eintägigen Fachforums sind u. a. Prof. Dr. Gerrit Manssen von der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Regensburg, Britta Brost, Richterin am Amtsgericht Düsseldorf, Nina Pollack, Leiterin der Begutachtungsstelle für Fahreignung (BfF) bei der DEKRA Essen und GdP-Vorstandsmitglied Michael Mertens.

Anmeldung und Infos: Martin Volkenrath, Tel.: 02 11/ 2 91 01 42, E-Mail: martin.volkenrath@gdp-nrw.de.

Großer Vertrauensbeweis für die GdP

Eintritte von Direkteinsteigern bei der Polizei NRW in die GdP



* Stand 10.10.2013

Quelle: Gewerkschaft der Polizei NRW



Gewerkschaft der Polizei NRW

Für die GdP sind die Interessen der Kommissaranwärterinnen und -anwärter wichtig. Sie sorgt dafür, dass die angehenden Nachwuchspolizistinnen und -polizisten ihre Ausbildung erfolgreich abschließen können und steht ihnen bei Problemen mit Rat und Tat zur Seite. Ein Serviceangebot, dass sich auch bei Kommissaranwärterinnen und -anwärtern herumgesprochen hat: Mehr als 90 Prozent aller Direkteinsteiger bei der Polizei sind in den vergangenen Jahren in die GdP eingetreten.

30 Tage Urlaub für alle

Im Herbst tritt endlich die lang erwartete neue Freistellungs- und Urlaubsverordnung (FrUrlV) in Kraft. Vorangegangen ist ein intensiver Verhandlungsprozess mit der Landesregierung, in dem sich die GdP in einigen wichtigen Punkten durchgesetzt hat: Mit der Neufassung der FrUrlV wird der Urlaub der Beamtinnen und Beamten bereits für das Urlaubsjahr 2013 altersunabhängig geregelt: Künftig gibt es einheitlich 30 Tage für alle Beamtinnen und Beamten. Anwärter erhalten 27 Tage. Die neue Freistellungs- und Urlaubsverordnung setzt damit nicht nur die Forderung der Rechtsprechung nach einer altersunabhängigen Regelung um, sondern sie sorgt auch für den von der GdP auch hier geforderten Gleichklang mit dem TV-L. Dies hatte die Landesregierung bereits im Zusam-

Wir sind die GdP

Mit über 1900 Mitgliedern gehört Düsseldorf zu den großen Kreisgruppen in NRW. 618 davon sind auch Mitglied der Jungen Gruppe, weil sie zu Kommissaranwärterinnen oder -anwärtern ausgebildet werden oder eine Berufsausbildung im Polizeipräsidium Düsseldorf absolvieren und weil sie noch keine 28 Jahre alt sind. Für Jonas Görge, Milva Kreyenpoth, Melih Güler, Simon Günther, Alexandra Bittner, Deniz Güler und Alexander Heuts war das Grund genug, um auch in der Landeshauptstadt eine Junge Gruppe zu gründen. „Düsseldorf ist Ausbildungsbehörde, deshalb ist es wichtig, dass die jungen Leute bei uns gut aufgehoben sind, und wir als Junge Gruppe aktiv werden, wenn es bei der Ausbildung zu Problemen kommt“, sagt Jonas Görge. Seit August ist er deren Vorsitzender. Milva Kreyenpoth, Melih Güler und Simon Günther wurden als stellvertretende Vorsitzende gewählt.



Dass es in Düsseldorf wieder eine Junge Gruppe gibt, war schon länger geplant, aber immer wieder war etwas dazwischen gekommen. Nicht nur durch Versetzungen der potenziellen Gründungsmitglieder in andere Behörden, sondern auch durch neue berufliche Aufgaben im Präsidium selbst. „Dass es mit der Gründung der Jungen Gruppe endlich geklappt hat, ist schon toll“, sagt Jonas Görge.

Jede Polizeibehörde hat ihre Besonderheiten. In Düsseldorf ist es die Objektschutzwache, die alle durchlaufen müssen. „Das lässt sich zwar nicht ändern, daher wollen wir die Zeit so angenehm wie möglich machen“, sagt Jonas zu den Zielen, für die sich die Junge Gruppe zurzeit besonders einsetzt. Aber auch der demografische Wandel bei der Polizei gehört zu den Themen, die die Junge Gruppe aufgreifen will. Was heißt das für uns Jüngere, wenn immer mehr erfahrene Polizisten in den Ruhestand gehen? Und wenn wir bei der Polizei noch weniger werden? Aber auch die Probleme der Auszubildenden im Tarifbereich wollen die Düsseldorfer in den Blick nehmen. „Bisher haben wir da noch keinen Ansatzpunkt, aber das ist definitiv ein Thema für uns“, sagt Jonas.

menhang mit der Auseinandersetzung um die Besoldungsanpassung für 2013 und 2014 zugesagt und mit der neuen Verordnung jetzt umgesetzt.

Mit Blick auf die Abgeltung von Urlaubsansprüchen setzt die FrUrlV eine Reihe wichtiger Grundsatzentscheidungen der Gerichte um: Einerseits wird die Frage der Abgeltung von krankheitsbedingt nicht genommenem Urlaub geregelt. Andererseits bekommen auch Beamtinnen und Beamte, die bis zur Beendigung des Beamtenverhältnisses ihren Urlaub krankheitsbedingt nicht nehmen konnten, grundsätzlich einen Anspruch, sich die verbleibenden Urlaubstage auszahlen zu lassen. Der Haken aus Sicht der

GdP: Die Möglichkeit der Auszahlung ist auf den EU-rechtlich festgelegten Mindesturlaubsanspruch von 20 Tagen begrenzt. Der Landesgesetzgeber kommt mit der Neuregelung also nicht etwa den Beschäftigten entgegen, sondern setzt nur das Mindestmaß um, wozu er durch die Rechtsprechung ohnehin gezwungen ist.

Neu eingeführt wird dagegen die Möglichkeit für Erziehungsberechtigte von Kindern bis zum 12. Lebensjahr, bis zu zehn Tage nicht genommenen Urlaub anzuspargen und sich so längere Auszeiten zu erarbeiten. Aus Sicht der GdP ein richtiger Schritt hin zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Auch die Begrenzung



ist richtig: Schließlich soll der Jahresurlaub in erster Linie der jährlichen Erholung dienen. Nicht nachvollziehbar für die GdP ist aber, warum ausschließlich Eltern von dieser Möglichkeit profitieren sollen. Die GdP hat hier eine Regelung gefordert, die alle Beschäftigten einschließt. Die Umsetzung wird die GdP genau beobachten: Zum einen sind bei der Urlaubsgewährung „dienstliche Belange“ zu berücksichtigen. Wenn die Behörden von dieser Regelung exzessiv Gebrauch machen, geht die Regelung ins Leere. Zum anderen müssen Beschäftigte, die mehr als 30 Tage ihres angesparten Urlaubs nehmen wollen, dies vier Monate vorher beantragen. Plötzlich auftretende Ereignisse, die eine längere Abwesenheit erfordern, lassen sich also kaum auffangen. Besonders wichtig wird eine vorausschauende Planung: Wer jetzt beginnt, Urlaub „für alle Fälle“

anzusparen, sollte nicht bis zum letzten Moment warten: Angesparter Urlaub, der nicht bis spätestens im Urlaubsjahr nach dem 12. Geburtstag des Kindes genommen wurde, verfällt.

Auch bei den Anspruchsgrundlagen für die Gewährung von Sonderurlaub kommt es zu einer entscheidenden Verbesserung für Eltern mehrerer Kinder: Mit der neuen Freistellungs- und Urlaubsverordnung berücksichtigt der maximale Umfang des Sonderurlaubs für die Betreuung kranker Kinder die Anzahl der Kinder. Die bisherigen anlassbezogenen Höchstbegrenzungen entfallen. Für die GdP eine wichtige Änderung, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert. Keine Verbesserung gibt es für gewerkschaftliches und staatsbürgerliches Engage-

ment: Hier bleibt es anders als von der GdP gefordert bei maximal fünf Tagen.

Durchsetzen konnte sich die GdP hingegen mit der Forderung, den Freistellungsanspruch für Tätigkeiten nach § 20 Abs.1 LDG-NRW („Disziplinarbevollmächtigte“) ausdrücklich in der FrUrlV zu regeln. Für die GdP bedeutet das eine wichtige Anerkennung für die Kolleginnen und Kollegen, die sich hier ehrenamtlich engagieren.

Auch mit der Forderung nach einer klaren Trennung von Urlaub und Rufbereitschaft konnte die GdP sich durchsetzen: Auf Druck der GdP enthält die FrUrlV keinen Passus mehr, der Beamtinnen und Beamte grundsätzlich dazu verpflichtet, auch während ihres Urlaubs für den Dienstherrn greifbar zu sein.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2.11. Hildegard Krüger, München
- 6.11. Maria Stevens, Krefeld
- 17.11. Margarete Wolf, Düsseldorf
- 19.11. Werner Tüllmann, Mülheim
- 20.11. Thea Monschau, Jülich
- 23.11. Hans Küppers, Duisburg
- 25.11. Willi Reif, Hagen
- 28.11. Wilhelm Schröder, Heinsberg
- 29.11. Erich Konieczny, Bottrop

91. Geburtstag

- 1.11. Franz Kozak, Hilden
- 2.11. Liesbeth Goray, Gelsenkirchen
- 3.11. Willi Dirx, Willich
- 9.11. Friedrich Langwieler, Essen
- 10.11. Alfred Hauck, Solingen
- Kurt Zimmermann, Wachtberg
- 12.11. Herbert Morgenroth, Emmerich
- 15.11. Artur Nikutta, Münster
- 24.11. Robert Stark, Porta Westfalica
- 26.11. Franz Neubauer, Köln
- 30.11. Gertraude Kraus, Köln

92. Geburtstag

- 7.11. Karl Heinz Hägerbäumer, Hiddenhausen
- 8.11. Hubert Becker, Bochum
- 11.11. Ilse Wiertz, Dortmund
- 15.11. Margarete Ringe, Düsseldorf
- Herbert Valder, Radevormwald
- 16.11. Maria van gen Hassend, Alpen
- 25.11. Elisabeth Jellonek, Herten
- 26.11. Richard Gartmann, Düsseldorf

93. Geburtstag

- 10.11. Katharina Hasenau, Duisburg
- 12.11. Theodor Albrecht, Bottrop
- 14.11. Therese Ochsenbauer, Remscheid
- 17.11. Maria Gring, Essen

94. Geburtstag

- 3.11. Richard Dürscheid, Bergisch-Gladbach
- 13.11. Heinrich Garbe, Hamm
- Werner Voigt, Wipperfürth
- 16.11. Elisabeth Wicher, Flörsbachtal
- 18.11. Heinz Beeckmann, Mönchengladbach
- 21.11. Ruth Bohnes, Dülmen
- 26.11. Heinz Alexander, Wuppertal
- Herbert Verbeck, Köln
- 28.11. Erika Karbach, Hagen
- Lieselotte Nachtigall, Oberhausen

95. Geburtstag

- 6.11. Eduard Wessiepe, Haan
- 28.11. Anneliese Müller, Kerpen

97. Geburtstag

- 11.11. Klaudia Feiler, Dortmund

101. Geburtstag

- 17.11. Ludowika Niß, Hagen

103. Geburtstag

- 30.11. Hildegard Holbeck, Köln

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe ist der 8. November 2013.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - November 2013



Bundesseniorenreise 2014

Kreta

4,5* Hotel Annabelle Beach Resort
26.09. - 10.10.2014



Eingeschlossene Leistungen:

- Zug zum Flug
- Flug ab versch. deutschen Flughäfen nach Kreta
- Transfer Flughafen - Hotel und zurück
- 14 Übernachtungen im Doppelzimmer
- Alles inklusive (Details entnehmen Sie bitte der Ausschreibung)
- Deutschsprachige Reiseleitung
- GdP Reisebegleitung

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 1.085,-

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an.

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/63/64 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-reiseservice.de • pinguin@gdp-reiseservice.de



Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

5. Dezember, Seniorenweihnachtsfeier, Anmeldung: Ralf Dünzer, Telefon 02 41/95 77-2 30 03, Anmeldeabschluss 2. 12. 2013, Treffpunkt: 15.00 bis 18.00 Uhr, Saalbau Kommer, Forster Linde 55, 52078 Aachen-Forst.

Bezirksverband Münster

13. November, BV APS-Treffen, BV-Vorsitzender Lorenz Rojahn und die Fremdreferentinnen Christiane Neuhaus und Frau Palesch von der Compass-Pflegeberatung, die zum Thema „Private Pflege“ referieren, sind eingeladen, Einladungen an die APS-Mitglieder werden gesondert verschickt, Treffpunkt: 9.30 Uhr, BZ „Carl Seve-ring“, Weseler Str. 264, 48151 Münster.

Kreisgruppe Bielefeld

2. Dezember, Seniorentreffen, Treffpunkt: 15.00 bis 17.00 Uhr, Gaststätte Hollmann, Otto-Brenner-Str. 77, 33607 Bielefeld, Telefon 05 21/29 03 44.

Kreisgruppe Coesfeld

27. November, Seniorentreffen, Kriminalhauptkommissar Andreas Nitz zum Thema „Einbruchschutz“, Treffpunkt: 14.30 Uhr, DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32, 48249 Dülmen (neben der Feuerwehr).

Kreisgruppe Dortmund

11. Dezember, Seniorenweihnachtsfeier, verbindliche Anmeldung bei Fritz Rübmann, Telefon 02 31/59 72 47. Die Bezahlung muss bis zum 13.11.2013 erfolgen, Treffpunkt: 17.00 Uhr, Aula des PP Dortmund, Markgrafenstr. 102, 44139 Dortmund.

Kreisgruppe Köln

21. November, Infotreffen, Ingeborg Heinze vom Beratungsdienst „Geld und Haushalt“ zum Thema: Elternunterhalt – das Sozialamt bittet die Kinder zur Kasse“, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln.

Glücksnummern des Monats

45 59068

Antje Ellerkmann, Borken

45 19060

Aulona Memaj, Bielefeld

45 20872

Thomas Waage, Bonn

45 17373

Heinrich Horst, Recklinghausen

Die Gewinner erhalten einen LED-Quartz-Wecker „Clock“.

Kreisgruppe AP Münster

4. Dezember, Adventskaffeetrinken der Senioren, Treffpunkt: 15.30 Uhr, Autobahnpolizei Münster, Raum 205, Hammer Str. 234, 48153 Münster.

Kreisgruppe Olpe

4. Dezember, Weihnachtsfeier der Senioren, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Dienstgebäude Olpe, Kortemickestr. 2, Olpe.

GdP aktiv

4. 11., Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, 16.00 Uhr, PP Dortmund, Markgrafenstr. 102, Dortmund

5. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Köln, 13.00 Uhr, Polizeipräsidium, Forum 2, Walter-Pauli-Ring 2, Köln

8. 11., Bezirksverbandstag BV Köln, Siegburg

11.–12. 11., Kreisgruppenseminar der Kreisgruppe Märkischer Kreis, Hotel Schweinsberg, Lennestadt

14. 11., Mitgliederversammlung der

Kreisgruppe Gelsenkirchen, 13.00 Uhr, Michaelshaus, Hochstr. 47, Gelsenkirchen, Gast: OB der Stadt

14. 11., Tarifseminar der Kreisgruppe Märkischer Kreis, Kreishaus Iserlohn

20 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Düren, 14.00 Uhr, Landwirtschaftsschule, Rütger-von-Scheven-Str. 44, Düren

21.–22. 11., Bezirksverbandstag BV Detmold, Paderborn

28. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Recklinghausen, 16.30

Uhr, Kantine der Polizeiuunterkunft, Beisinger Weg, Recklinghausen

28. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bonn, 14.15 Uhr, Polizeipräsidium, Königswinterer Str. 500, Bonn

28.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Minden-Lübbecke, 16.00 Uhr, Landhaus Rohlfing, Bergkirchener Str. 100, Minden-Uphausen.

2. 12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13.00 Uhr, Restaurant Vierjahreszeiten, Dammstraße 33, Werdohl

NACHRUFE

Ingrid Arnholz	8. 12. 1939	Bochum	Elfriede Kaiser	7. 9. 1927	Düsseldorf
Horst Behrendt	8. 9. 1930	Lippe	Norbert Köhler	4. 12. 1957	Bochum
Friedrich Berner	15. 12. 1910	Erftkreis	Manfred Martin	11. 9. 1937	AP Dortmund
Hildegard Bickendorf	26. 6. 1939	Euskirchen	Wolfgang Maul	25. 2. 1956	Bonn
Leonore Bläser	29. 12. 1918	Bochum	Hans Müller	10. 10. 1926	Bergisches Land
Kurt Burchardt	5. 3. 1926	Düsseldorf	Karl Peter Neikes	28. 3. 1954	Mönchengladbach
Hubert Damm	15. 11. 1920	Rhein.-Berg.-Kreis	Frieda Philipp-Bönisch	19. 4. 1921	PAI Bochum
Franz Dekker	22. 12. 1931	AP Münster	Heinz-Joachim Raulf	21. 2. 1945	Bergisches Land
Maria Derichs	13. 10. 1921	Aachen	Anna Scherer	4. 2. 1922	Bottrop/Gladbeck
Peter Derichs	13. 6. 1921	Aachen	Rüdiger Schmitz	5. 9. 1955	Gelsenkirchen
Hans Fischer	10. 6. 1915	Bergisches Land	Arno Schroers	20. 12. 1934	Duisburg
Heinrich Groth	20. 5. 1929	Aachen	Hildegard von Glinski	29. 9. 1924	Gelsenkirchen
Anna Hagenau	27. 10. 1925	Gütersloh	Franz Wellnitz	4. 9. 1926	Viersen
Rüdiger Hankemeier	2. 7. 1942	Bielefeld	Matthias Werner	14. 8. 1975	Bottrop/Gladbeck
Johanna Hannack	18. 4. 1925	Bonn	Otto Zils	27. 10. 1917	Köln
Winfried Huschka	19. 4. 1947	Köln			

